

Ein Monstrum an drei Fronten

Wie die Hamas aufrüstet

BESINNUNG AUF DEN URSPRUNG

Wie die Karäer das Judentum leben

UNBEWÄHRTE FREUNDSCHAFT

Wie die Merkel-Regierung zu Israel stand



4 GEGEN HOLOCAUSTLEUGNUNG

Israelische Resolution bewilligt

6 NACH DEM MAI-KONFLIKT

Hamas im Aufwind

9 REZENSION

Perlenfund – ein Bibelblick

12 MELDUNGEN



5

80 JAHRE NACH DER WANNSEER-KONFERENZ

„Nie wieder!“. Zwei Perspektiven



10

DEUTSCHE ISRAELPOLITIK

Beinahe linientreu



14

KARÄISCHES JUDENTUM

Zurück zur Schrift

Umbau der Webseite: Israelnetz in neuem Gewand



Neue Nachrichten gibt es bei Israelnetz zumindest im Internet an jedem Werktag, manchmal auch am Wochenende. Doch nun wurde es Zeit für ein neues Gewand. Denn wie alle Journalisten überlegen wir uns regelmäßig, wie wir Inhalte besser aufbereiten können. Dazu gehören aktuelle Artikel und Kurzmeldungen, Newsticker und Hintergrundbeiträge. Ein Ergebnis dieses Prozesses können Sie seit Dezember auf unserer neuen Webseite begutachten. Da die meisten Menschen ihre Nachrichten längst über das Netz beziehen, ist es unser Anliegen, den Online-Auftritt immer wieder auf den neuesten Stand zu

bringen. In den wichtigsten Punkten bleiben wir aber beim Alten: Sie erhalten wie im Magazin Informationen aus Israel und dem Nahen Osten in bewährter Qualität. Und als Medium, das sich hauptsächlich über freiwillige Spenden finanziert (vielen Dank an alle Unterstützer!), blenden wir weiterhin so gut wie keine Werbung ein.

App übers Smartphone installieren

Die neue Seite präsentiert ein gut lesbares Layout, klare Strukturen und eine nutzerfreundliche Bedienung. Außerdem können Sie die Inhalte auch über unsere neue Web-App erhalten. Sie lässt sich mit Android- und Apple-Smartphones problemlos über unsere Webseite installieren und bietet den gleichen Informationsumfang.

Wenn Sie den Internetauftritt von Israelnetz noch nicht kennen, schauen Sie gern vorbei: www.israelnetz.com.

IMPRESSUM

Herausgeber Christliche Medieninitiative pro e.V. | Charlotte-Bamberg-Straße 2 | D-35578 Wetzlar

Telefon +49 (6441) 5 66 77 00 | Telefax -33 | israelnetz.com | info@israelnetz.com

Vorsitzender Dr. Hartmut Spiesecke | **Geschäftsführer** Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Elisabeth Hausen (Redaktionsleitung), Daniel Frick, Egmond Prill, Johannes Schwarz, Carmen Shamsianpur **Büro Jerusalem** Mirjam Holmer

Titelfoto Jerusalem im Fokus: Bei einer Hamas-Demonstration zur Freilassung israelischer Sicherheitsgefangener im Oktober 2021 ist auch eine Nachbildung des Felsendoms zu sehen, Quelle: flash90 | **Redaktionsschluss** dieser Ausgabe: 31. Januar 2022

Spenden Israelnetz lebt von Ihrer Spende. Volksbank Mittelhessen eG IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01 | BIC VBMHDE5F | www.israelnetz.com/spenden

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Hamas hat den Gazastreifen fest im Griff. Doch was macht sie im Westjordanland, vor der Haustür des Palästinenser-Präsidenten Mahmud Abbas? Dass die Terrorgruppe auch dort Rückhalt hat, ist keine Neuigkeit. Doch zuletzt trat sie zunehmend selbstbewusster und konfrontativer auf: Sie hielt Paraden in Städten wie Dschenin ab und zeigte trotz eines Verbotes der Palästinensischen Autonomiebehörde im wahrsten Sinne des Wortes Flagge. Zudem ist die Hamas auch im Libanon aktiv. Die ausführliche Analyse von Daniel Frick finden Sie ab Seite 6.

Die vorliegende Ausgabe des Israelnetz Magazins nimmt aktuell die Erinnerung an die Wannseekonferenz vom Januar 1942 auf. Gewiss: Politik, Medien und Organisationen haben in den vergangenen Wochen viele Stimmen und Beiträge geliefert. Sehenswert ist in dem Zusammenhang der Ende Januar unter Regie von Matti Geschoneck im ZDF gezeigte Film „Wannseekonferenz“. Im Beitrag von Carmen Shamsianpur auf Seite 5 erfahren Sie bemerkenswerte Unterschiede zwischen deutschem und israelischem Erinnern.

Ein anderes Thema: Die Karäer. Geschätzt rund 50.000 leben weltweit, davon etwa 40.000 in Israel. Mirjam Holmer hat sie besucht. Besonderes Kennzeichen ist die eigenständige Auslegung der Heiligen Schriften, die an manchen Stellen im Gegensatz zum rabbinischen Judentum steht. Mehr dazu ab Seite 14.

Johannes Schwarz befasst sich mit der deutschen Israelpolitik der ehemaligen Bundesregierung. Dabei stößt er bei der Großen Ko-

alition von 2018 bis 2021 auf ein wechselhaftes Handeln gegenüber dem jüdischen Staat. Ausführlich ab Seite 10.

Mit dieser Ausgabe beginnt ein neuer Jahrgang Israelnetz-Magazin. Als einer, der im Jahre 2000 mit anderen Israelnetz ins Dasein rief, blicke ich dankbar zurück. Ist es nicht zum Staunen, was sich in diesen gut zwei Jahrzehnten inhaltlich und zugleich medial-technisch im Internet entwickelt hat? Dennoch blättern viele gern im gedruckten Magazin, das sich auch noch gut weitergeben lässt.

In der Spannung zwischen herausfordernder Vergangenheit und befreiender Zukunft stehen Worte aus Psalm 126: „Wenn der HERR die Gefangenen Zions erlösen wird, so werden wir sein wie die Träumenden. Dann wird unser Mund voll Lachens und unsre Zunge voll Ruhmens sein. Da wird man sagen unter den Völkern: Der HERR hat Großes an ihnen getan! Der HERR hat Großes an uns getan; des sind wir fröhlich.“

Schalom,

Ihr



Egmond Prill



In Israel gibt es noch 165.800 Überlebende der Scho'ah. 90 Prozent von ihnen sind mehr als 80 Jahre alt. Diese Zahlen veröffentlichte das Wohlfahrtsministerium zum Internationalen Holocaust-Gedenktage am 27. Januar.

WISSENSWERT



Israelische Resolution bewilligt

In Zusammenarbeit mit Deutschland bringt Israel bei den Vereinten Nationen eine Resolution zur Bekämpfung von Holocaustleugnung ein. Symbolträchtig am 20. Januar 2022, dem 80. Jahrestag der Wannseekonferenz in Berlin, nimmt die Generalversammlung den Vorschlag an.

Carmen Shamsianpur



(v.l.) Israels UN-Botschafter Gilad Erdan, UN-Generalsekretär António Guterres und die deutsche UN-Botschafterin Antje Leendertse präsentieren die Resolution

Es ist das zweite Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen, dass die Generalversammlung eine von Israel eingebrachte Resolution verabschiedet. Dem Beschluss liegt die Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verfälschung des Holocaust von der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken (IHRA) zugrunde.

Nicht bindend, aber wegweisend

Die Unterzeichnerländer erklären sich bereit, mit Bildung, Forschung und Erinnerungsarbeit gegen Leugnung und Relativierung des Holocaust vorzugehen. Von Social-Media-Netzwerken fordert die Resolution, Beiträge zu entfernen, die unter die IHRA-Definition fallen.

Wie alle von der Generalversammlung verabschiedeten Resolutionen hat auch diese keinerlei rechtliche Bindung. Israels Botschafter bei den Vereinten Nationen, Gilad Erdan, erhofft sich dennoch erhebliche Auswirkungen auf den weiteren Diskurs. In seiner Rede bezeichnete er die Resolution als seine bislang „wichtigste Initiative“. Holocaustleugnung sei auf dem Vormarsch, während die Zahl der Überlebenden abnehme.

Die jüngeren Generationen würden in den sozialen Medien indoktriniert. Derweil zögen sich die Betreiber mit der Begründung aus der Verantwortung, sie seien nur „Dienstleister“. „Diese

Worte haben wir schon einmal gehört“, sagte Erdan im Hinblick auf den Nationalsozialismus und dessen Verantwortliche wie SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Er lud fünf Holocaustüberlebende sowie den Pfizer-Chef Albert Bourla ein. Der Vorsitzende des US-amerikanischen Pharmakonzerns ist Sohn griechischer Juden, die den Holocaust überlebt haben.

Nur der Iran ist dagegen

Es bedurfte keiner Abstimmung, um den Antrag anzunehmen. Als erstes Land schloss sich Deutschland der israelischen Initiative an. Schlussendlich reichten 114 der 193 UNO-Mitgliedsstaaten die Resolution „A/76/L30“ gemeinsam ein. Lediglich der Iran sprach sich expli-

zit dagegen aus. Das Land ist spätestens seit der Präsidentschaft Mahmud Ahmadinedschads für seine Holocaustleugnung bekannt. Erneut beschuldigte es nun Israel, „unter dem Deckmantel der Leiden der Vergangenheit“ Verbrechen gegen die Palästinenser zu begehen.

Zwar ohne Aussicht auf Erfolg, aber pro forma hätte der Iran einen Antrag auf Abstimmung über die Resolution stellen können. Da er aber seinen Zahlungsverpflichtungen innerhalb der UNO nicht nachgekommen ist, wurde ihm hierzu die Befugnis entzogen.

„Die Erinnerung lebendig halten“

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) teilte in einer gemeinsamen Erklärung mit dem israelischen Außenministerium ihre Besorgnis über die aktuelle Zunahme an Holocaust-Vergleichen mit. Sie und ihr Amtskollege Jair Lapid (Jesch Atid) begrüßten die Resolution. „Gemeinsam werden wir die Erinnerung an die Opfer lebendig halten“, schrieb Baerbock auf Twitter.

Das erste Mal, dass die UN-Generalversammlung eine von Israel eingebrachte Resolution annahm, war im Jahr 2005. Damals wurde der 27. Januar als Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz zum internationalen Holocaust-Gedenktag erklärt. |



80 JAHRE NACH DER WANNSEERKONFERENZ

„Nie wieder!": Zwei Perspektiven

Am 20. Januar 1942 kamen in einer Villa am Großen Wannsee in Berlin 15 NS-Funktionäre zusammen, um Details der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ zu erörtern. 80 Jahre später haben Deutsche und Israelis unterschiedliche Lehren gezogen.

Ein Kommentar von Carmen Shamsianpur

Nie wieder!“ – so lautet die bedeutungsschwere, oft aber zur leeren Worthölse verkommene Parole beim Gedenken an die Zeit des Nationalsozialismus. Auch im Gästebuch der Bildungs- und Gedenkstätte „Haus der Wannseekonferenz“ hat sie ihren festen Platz.

Sie wollten elf Millionen Juden ermorden

An dem idyllischen Ort befasste sich 1942 ein gutes Dutzend hochgebildeter Männer bei einer Arbeitsbesprechung mit der Vernichtung der Juden. Elf Millionen Menschen seien zu ermorden, Männer, Frauen und Kinder. Der Massenmord war bereits in vollem Gange und musste weder beschlossen noch geplant, nur noch präzisiert werden.

Der rangniedrigste Teilnehmer, Obersturmbannführer Adolf Eichmann, fertigte das Protokoll an und schönte darin die Sprache. Jahre später sagte er bei seinem Verhör in Jerusalem aus, dass die Herren bei ihrem Treffen unverblümt die Worte „töten, eliminieren und vernichten“ benutzten. Im Anschluss gab es ein Frühstück.

Ein Ort, der Illusionen raubt

Die Villa am Wannsee ist ein Ort, der Illusionen raubt. Er zeigt, wie das abgründig Böse sich hinter Schönheit, Geselligkeit und Dokortiteln verbergen kann. Und er verdeutlicht, dass Kultur, Bildung und Aufklärung allein kein wirksames Mittel gegen Antisemitismus sind.

Deutsche und Israelis ziehen daraus die gleiche Schlussfolgerung: „Nie wieder“. Sie füllen die Worte jedoch mit sehr unterschiedlichem Inhalt. Aya Zarfaty, eine Mitarbeiterin der Gedenkstätte, schrieb ihre Masterarbeit zur Erinnerungskultur und der Bedeutung der Wannsee-Konferenz in der israelischen Gesellschaft. Dazu wertete sie Besucherbefragungen und Einträge im Gästebuch aus.

Für Israelis bedeutet das „Nie wieder“ vor allem, einen wehrhaften Staat zu haben. Die Antworten der Befragten ähneln einander: „So lange der Staat Israel existiert, wird dies nie wieder

geschehen“; „Wir werden nie wieder unseren unabhängigen Staat Israel verlieren“; „Nie wieder, solange das jüdische Volk über einen starken Staat und militärische Mittel verfügt“; „Nie wieder – der Staat Israel wurde gegründet“.

Pazifismus um jeden Preis

Diese vorrangige, einleuchtende Bedeutung des „Nie wieder“ kommt im deutschen Gedenken so gut wie gar nicht vor. Denn „Nie wieder“ heißt hierzulande vor allem „Nie wieder Krieg“: Pazifismus um jeden Preis, so erweckt es manchmal den Eindruck, auch auf Kosten des jüdischen Staates. Konsequentes Vorgehen gegen modernen Vernichtungsantisemitismus in Form von Hamas oder Iran ist kein Bestandteil des deutschen „Nie wieder“. Noch immer schreien Hisbollah-Anhänger beim jährlichen Al-Quds-Tag in Berlin ungehindert antisemitische Slogans.

Es bedeutet außerdem „Nie wieder Diskriminierung“, verfeinert zu: „Nie wieder Denken in Gruppenzugehörigkeiten“. Diesem Credo entspricht zum Beispiel eine Abkehr von der Begegnungspädagogik. Sogar vor einem Schüleraustausch mit Israel raten Pädagogen vermehrt ab oder warnen zumindest vor „Differenzkonstruktionen“. Israelische und deutsche Jugendliche würden sich dann nämlich als Vertreter ihrer Nationen begreifen und zwangsläufig als „anders“ wahrnehmen. Das will man vermeiden, um jeden Preis, selbst wenn dabei das vielleicht wirksamste Mittel gegen Antisemitismus geopfert wird.

Die Mehrheit der Deutschen glaubt, selber Opfer des Nationalsozialismus in der Familie gehabt zu haben – oder sogar Menschen, die Juden halfen. Dabei erreicht die tatsächliche Zahl solcher Personen nicht einmal den einstimmigen Promillebereich. Vor 35 Jahren, am 29. Januar 1987, starb der letzte Teilnehmer der Wannseekonferenz, SS-Gruppenführer Gerhard Klopfer, in Ulm „nach einem erfüllten Leben“, wie es in seiner Todesanzeige hieß. Mit dem Zusatz: „zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren“.

Deutschland könnte derartigem Hohn und den genannten Fehlentwicklungen entgegenwirken, wenn es sich die israelische Lesart des „Nie wieder“ zu eigen machte. |



Eine grüne Bewegung der anderen Art: Hamas-Anhänger im Dezember bei einer Parade im Gazastreifen zum Jahrestag der Terror-Organisation

NACH DEM MAI-KONFLIKT

Hamas im Aufwind

Mit Unterstützung des Iran rüstet die Hamas militärisch auf. Dank einer neuen Front im Südlibanon kann die Terror-Organisation flexibler gegen Israel vorgehen.

Daniel Frick

Für die Terror-Organisation Hamas ist 2021 insgesamt ein gutes Jahr gewesen. Vor allem mit dem Konflikt im Mai konnte sie sich profilieren und strategisch positionieren: Die Raketenangriffe auf Jerusalem zeigten den Palästinensern und der Welt, wer wirklich der Verteidiger der Stadt gegen den jüdischen Zugriff ist. Elf Tage lang hielt die Hamas das israelische Militär durch wahllosen Beschuss auf israelische Wohngebiete in Atem.

Auf der Verhandlungsebene ist der Konflikt noch lange nicht vorbei. Auch hier kann die Hamas Erfolge vorweisen: Entgegen der ursprünglichen Absicht lockerte die israelische Regierung Ende Dezember etwa die Kontrollen für die Wareneinfuhr. Auch Güter mit „doppeltem Verwendungszweck“ sind zugelassen – die für Terrorzwecke zweckentfremdet werden können, wie etwa Drohnen. Eigentlich hatte die Regierung von Naftali Bennett (Jamina) die Freigabe der Leichname von Hadar Goldin und Oron Schaul zur Bedingung für eine Lockerung der

Gaza-Restriktionen gemacht. Die beiden Soldaten waren im Konflikt 2014 im Gazastreifen gefallen. Die Hamas hält sie bis heute zurück. Mit dem Entgegenkommen erhofft sich die Jerusalemer Regierung Ruhe. In den Monaten zuvor hatte es wieder Angriffe mit Brandballons gegeben, und im August war ein Soldat an der Grenze zum Gazastreifen getötet worden.

Das Momentum scheint derzeit auf der Seite der Hamas zu liegen. Und das ist nicht nur ein Problem für Israel, sondern auch für die Fatah-Partei von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Denn die Hamas ist längst nicht mehr nur im Gazastreifen eine Nummer. Dass sie im Westjordanland Rückhalt hat, ist keine Neuigkeit. Doch zuletzt trat die Terrorgruppe hier zunehmend konfrontativer auf: Sie hielt Paraden in Städten wie Dschenin ab und zeigte trotz Verbotes der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) im wahrsten Sinn des Wortes Flagge. In Universitäten tragen Studenten Hamas-Uniformen und führen mitunter Waffen mit sich.

Wie stark die Präsenz der Hamas ist, zeigt für Kobi Michaeli vom „Institut für Nationale Sicherheitsstudien“ auch der Anstieg an vereitelten Terrorakten durch Israel und durch Sicherheitskräfte der PA – oder einfach durch Glück. Israelischen Medienberichten zufolge hatte ein etwa 16-jähriges Hamas-Mitglied einen Anschlag mit einer Maschinenpistole in der Siedlung Efrat bei Bethlehem geplant. Die Waffe stockte aber, und er floh. Den Vorfall beschreiben israelische Sicherheitsbehörden als Weckruf und Hinweis, dass die Hamas ihre Terror-Infrastruktur im Westjordanland aufbaut. Gegen Ende des Jahres wurde dann bekannt, dass israelische Sicherheitskräfte in mehreren Razzien, den größten der vergangenen Jahre, rund 200 Hamas-Mitglieder festgenommen haben. Sie waren nach Auskunft des Inlandsgeheimdienstes Schabak in Terrorzellen aktiv und planten Anschläge im Westjordanland und im staatlichen Israel.

Front im Norden

Doch selbst im Libanon ist die Hamas inzwischen präsent – und tritt dort ebenfalls immer stärker in Erscheinung. Auch hier wird das zu einem Problem für die Fatah: In den palästinensischen Flüchtlingslagern war sie bislang die dominante Bewegung, aber nun sucht sich die Hamas Rekruten aus den rund 200.000 Palästinensern in dem Zedernstaat.

Zuletzt hatte die Hamas dort unfreiwillig die Blicke auf sich gelenkt: In dem von der UN-Organisation für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) betriebenen Lager Burdsch al-Schimali bei Tyros kam es am 10. Dezember zu einer Explosion in einem Waffendepot, das sich unter einer Moschee befindet. Vermutlich handelte es sich um einen „Arbeitsunfall“, also um falschen Umgang mit den Waffen. Ein Hamas-Ingenieur starb. Bei dessen Begräbnis kam es zu einem Feuergefecht mit Mitgliedern der Fatah, das vier Tote zur Folge hatte. Beobachter gehen davon aus, dass das kein spontanes Scharmützel war, sondern beabsichtigt: Die Fatah will der Hamas Grenzen aufzeigen – was wiederum bedeutet, dass sie sich durch die Präsenz im Libanon bedroht fühlt.

Die Etablierung der Libanon-Front ist eine bewusste Strategie, die einem Hauptziel dient: der Vernichtung Israels. Beobachter der Szene wissen von einem „Arbeitsplan“ aus dem Jahr 2018, der den Aufbau von Kampffähigkeiten vorsieht. Die Rede ist von Präzisionsraketen, die sich per GPS lenken lassen, sowie von Sprengstoffdrohnen und Mörsern, die sich über Fernsteuerung abfeuern lassen. Mehrere hundert Kämpfer sol-

len dem Plan zufolge in zwei Kampfeinheiten organisiert werden.

Die Absicht, im Libanon Fuß zu fassen, bestand offenkundig schon länger. Ein von der libanesischen Terrormiliz Hisbollah bereits im Jahr 2017 verbreitetes Bild zeigt den Vizechef der Hamas, Saleh al-Aruri, bei einem Treffen mit Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah. Der israelische Auslandsgeheimdienst Mossad soll im Januar 2018 in Sidon einen Anschlag auf Hamas-Mitglied Mohammed Hamdan verübt haben, den dieser aber überlebte. In Sidon hat die Hamas ihren „Landessitz“.

Unterstützung aus Teheran

Hamdan gilt als der Verbindungsmann zum Iran. Tatsächlich billigt das Regime in Teheran den Aufbau einer Hamas-Front im Libanon nicht nur, sondern fördert ihn auch: Die Revolutionsgarden bringen dort den Hamas-Rekruten den Bau von Präzisionsraketen und Kampf-

DIE HAMAS

Als Organisation trat die Hamas seit Ende der 1980er Jahre in Erscheinung. Das in ihrer Charta festgeschriebene Ziel ist die Zerstörung Israels. Im Jahr 2007 übernahm sie nach gewonnenen Wahlen in einem blutigen Konflikt mit der Fatah die Macht im Gazastreifen. Seither ist es zu vier größeren militärischen Konflikten mit Israel gekommen. In den vergangenen Jahren operierten ihre Führer auch von Katar und der Türkei aus.



Keine Geburtstagsparty, sondern Brandballons für Israel: Mit diesen Terror-Mitteln erzwingt die Hamas Zugeständnisse für den Aufbau im Gazastreifen

drohen bei. Dem Iran kommt die Präsenz der Hamas entgegen: Neben der Hisbollah kann er eine „zweite Karte“ spielen. Während des jüngsten Gaza-Konfliktes im Mai 2021 fanden sich Vertreter der Hamas, der Hisbollah und der Revolutionsgarden gar in einem gemeinsamen Lagezentrum in Beirut zusammen. An drei Tagen dieses Konfliktes wurden auch Raketen aus dem Libanon auf Israel gefeuert. Für das israelische Alma-Zentrum, das die Sicherheitslage im

Norden beobachtet und analysiert, ist es wahrscheinlich, dass die Hamas dahintersteckte.

Im Verlauf des Jahres 2021, im Juli und August, kam es zu zwei weiteren, eher begrenzten Beschüssen aus dem Libanon. Laut dem Alma-Zentrum folgte die Hamas damit der Maßgabe einer „neuen Gleichung“, die Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah am 25. Mai ausgerufen hatte: Israelische „Verletzungen“ in Jerusalem werden mit einem „regionalen Krieg“ beantwortet, der die Zerstörung Israels als Ziel hat. Die Hamas und andere vom Iran geförderte Terrorgruppen – die Huthis im Jemen und im Irak die Hisbollah-Brigaden-Miliz – gaben bekannt, dass sie sich hinter diese Maßgabe stellen.

Im Juli handelte es sich bei besagten „Verletzungen“ um Tempelberg-Besuche von Juden, die am Trauertag Tischa BeAv dort beten wollten. Die Hamas feuerte kurz darauf zwei Raketen auf Israel, von denen das Abwehrsystem Eisenkuppel eine abfing, eine weitere schlug auf offenem Feld ein.

Nun bedeutet so ein Beschuss keinen regionalen Krieg und schon gar nicht die Zerstörung Israels. Aber derzeit ist die Hamas im Libanon noch darauf bedacht, es nicht zu einer Eskalation kommen zu lassen. Ebenso wie die Hisbollah will sie nicht riskieren, dass Israel zivile Infrastruktur in dem ohnehin geschundenen Land zerstört. Für Beobachter waren die begrenzten Angriffe mit dem Kalkül verbunden, dass auch Israel kein Interesse an einem Krieg an der Nordgrenze hat – dieses Kalkül ging auf.

Der Beschuss zeigt jedoch, dass die Hamas in Zukunft flexibler agieren kann als bislang. So feuerte die Terrorgruppe die Raketen absichtlich nicht vom Gazastreifen auf Israel ab, um dort eine israelische Reaktion zu vermeiden, die den Aufbau nach dem Mai-Konflikt gestört hätte. Vom Norden her kann sie aber dennoch Nadelstiche setzen. Nach allem, was bekannt ist, stimmen sich der Hamas-Chef im Gazastreifen, Jahja Sinwar, und Al-Aruri im Libanon eng miteinander ab.

Bei alledem stellt sich auch die Frage, wie die Hisbollah die neuen Nachbarn sieht. Bilder und Berichte über eine Zusammenarbeit sind in der Öffentlichkeit vorhanden. Völlig konfliktfrei ist die Beziehung jedoch nicht. Als die Israelis im August auf Raketenbeschuss aus dem Libanon reagierten, feuerte die Hisbollah mit 19 Geschossen zurück – vermutlich unfreiwillig. Die Hamas operiert also auch im Norden relativ eigenständig und zieht die Hisbollah womöglich in ungewollte Konflikte mit Israel hinein.

Der Umgang mit dem Monster

Ohne Frage bedeuten diese Entwicklungen für Israel eine zusätzliche Herausforderung. Die Hamas war bislang schon wenig zimperlich, was Gewalt und Terror gegen Israel angeht. Doch für den Analysten Joni Ben Menachem vom „Jerusalemmer Zentrum für Öffentliche Angelegenheiten“ wächst sie erst jetzt zu einem „militärischen Monster“ heran. Seiner Auffassung nach muss Israel mit Überraschungsangriffen dagegen vorgehen – und vor allem den militärischen Kopf im Libanon, Al-Aruri, ausschalten.

Andere Experten wie Kobi Michaeli sehen ebenfalls gewachsene Herausforderungen: „Die Hamas ist ein noch gefährlicherer Feind geworden“, schreibt er und rät, die palästinensische Organisation trotz der regionalen Aufspaltung als Einheit zu sehen: Auf Raketenangriffe aus dem Libanon müsste dann etwa auch eine Reaktion im Gazastreifen erfolgen. |



6 €
(statt 9,50 €)
zzgl. Versand

Israelnetz
Israel Kalender
2022

Erhalten Sie den Israel-Kalender von Israelnetz exklusiv in unserem Online-Shop.

Jetzt bestellen!
unter (06441) 5 66 77 52
info@israelnetz.com
► shop.israelnetz.com



REZENSION

Perlenfund – ein Bibelblick

Unzählige jüdische Gelehrte haben in den vergangenen Jahrhunderten die Hebräische Bibel ausgelegt. Der Israeli Ari Lipinski lässt diese Kommentatoren zu Wort kommen – und versieht dies mit zahlreichen Erklärungen. Dadurch ermöglicht er einen tieferen Einblick in Gottes Wort.

Egmond Prill

Der Titel weckt Interesse und Neugier: „Hebräische Perlen der Torah. Eine Auslese origineller Bibel-Auslegungen jüdischer Gelehrter aus 2500 Jahren – auf Deutsch erklärt von Ari Lipinski“.

Es ist ein großformatiges Lesebuch. Es ist ein Lehrbuch. Und gleichermaßen im Umfang von gut 350 Seiten ein Bibelkommentar, ein Kompendium und eine Konkordanz. Am Ende des Buches werden Pflanzen und Bäume der Bibel aufgelistet und teils bebildert mit den Bibelstellen beschrieben. So werden auch „Die sieben Namen des Ewigen“ von „Adir“ bis „Zewaoth“ genannt und erklärt. An anderer Stelle gibt Lipinski einen Überblick samt kurzer Erklärung zur „Heiligen Zahl 7“.

Den Schwerpunkt und Hauptteil des Buches bilden die Bibelauslegungen jüdischer Gelehrter von Ibn Ezra aus dem 11. Jahrhundert, Maimonides aus dem 12. Jahrhundert bis zu Rabbi Meir Leibusch aus dem Litauen des 19. Jahrhunderts, die sich ihrerseits wieder auf ältere Kommentare beziehen. Herausragend gewürdigt hat der Autor die umfangreichen Schriften zur Torah von Don Isaak Abarbanel aus dem 15. Jahrhundert. Dies ist eine besondere Perle, denn zum ersten Mal sind die Auslegungen Abarbanel auf Deutsch zu lesen. Der vorliegende Band 1 umfasst die Wochenabschnitte der Genesis, also des 1. Buches Mose.

Immer wieder bringt sich Lipinski selbst ins Gespräch und spricht direkt die Leserschaft an. Und so öffnet sich die Tür zum typisch jüdischen Lehrhaus. Da wird nicht von oben doziert, sondern auf Augenhöhe mit allen Schülern argumentiert, die ihrerseits ihre Fragen und Anmerkungen machen, was wiederum den Lehrer weiterbringt. Übrigens: Ganz praktisch ist das mit dem Autor möglich; er hat eingangs seine E-Mail-Adresse abdrucken lassen.

Bekannte Bibelgeschichten in neuem Licht

In gut verständlicher Sprache werden „Hebräische Perlen“ interessierten Laien und theologisch gebildeten Fachleuten in die Hand gegeben. Perlen wachsen verborgen in einer Muschel unter oft grauer unscheinbarer Schale. Von außen nicht zu sehen. Erst mit dem Öffnen der Muschel wird der Schatz offenbar. Oder anders gesagt: Für die Leserschaft öffnet sich eine Schatztruhe voller Perlen in edlem Glanz. Bekannte Bibelgeschichten tauchen in neuem Licht auf. Jahrhunderte alte Fragen und Antworten, Erkenntnisse und Weisheiten hat der Autor gesucht und gefunden. So wird das Buch ganz sicher für Juden und Christen gleichermaßen zur Quelle neuer Einsichten in die Tiefe der Heiligen Schrift.

Kleine und doch feine optische Oasen bilden die zahlreichen Abbildungen israelischer Briefmarken mit biblischen Motiven ergänzt durch Gemälde-Miniaturen. So aufgelockert wird das Lesen und Studieren erleichtert, was ohnehin durch das Großformat sowie ein lesefreundliches Layout gegeben ist.

Behutsam werden zum Teil liebgewordene Bibelübersetzungen korrigiert, ergänzt und an der unsprachlichen Quelle geprüft. Die Erklärung des biblischen Hebräisch liegt Lipinski am Herzen. So erklärt er mehrere Seiten lang das erste Wort der Bibel – bereschit. Frei nach dem Gedanken „In der Torah ist das, was man liest, nicht nur das, was man liest“. An dieser Stelle sind Leserinnen und Leser zum Weiterlesen eingeladen.

Ari Lipinski – gebürtiger Israeli mit Grundschule in Israel und Abitur in Deutschland. Studium an der Bar-Ilan-Universität. Israelischer Gesandter für die „Vereinigte Kibbutz-Bewegung“ (Takam) in Deutschland. |



„Hebräische Perlen der Torah. Eine Auslese origineller Bibel-Auslegungen jüdischer Gelehrter aus 2500 Jahren – auf Deutsch erklärt von Ari Lipinski“, Selbstverlag, 19,80 Euro (Taschenbuch) oder 49,80 Euro (gebunden), ISBN 9798484673483

Beinahe linientreu

Als sich 2018 CDU/CSU und SPD zur erneuten Großen Koalition zusammenschlossen, einigten sich die Parteien auf eine Israelpolitik, die der deutschen Verantwortung gerecht werden sollte. Einige Ziele der Politik konnten umgesetzt werden, bei anderen wurde es schwammig: Ein Rückblick.

Johannes Schwarz



Zur deutsch-israelischen Freundschaft gehören die Regierungskonsultationen, wie hier 2018. Der Austausch der beiden Länder ist eng, das Verhältnis aber nicht immer spannungsfrei.

Deutschland und Israel: Aufgrund der Scho'ah existiert eine besondere Beziehung, die sich seit jeher beweisen muss. Deutsche Israelpolitik wurde und wird gewöhnlich zentral aus dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt gemacht. In den vergangenen 16 Jahren zeigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ambivalent israelfreundlich. Die Große Koalition von 2018 bis 2021, Merkels letzte Amtszeit, offenbart ebenfalls ein wechselhaftes Handeln gegenüber dem jüdischen Staat.

Koalitionsvertrag betonte Existenzrecht

Im 175-seitigen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD fand sich eine halbe Seite inhaltlicher Auseinandersetzung mit Israel. Zugesichert wurde, die „besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel“ zu wahren. Weiter war die Rede davon, dass das „Existenzrecht“ Israels „unumstößlich“ sei. Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass das Versprechen der Verantwortung umso schwerer umzusetzen ist, je konkreter Politik wird. In Reden und Pressegesprächen in Deutschland betonte die Koalition, wie wichtig die Verantwortung sei. Auf internationaler Ebene jedoch verhielt sich Deutschland nicht immer entlang der verabredeten Linie. So stimmte es wiederholt bei Resolutionen

der Vereinten Nationen gegen Israel ab. Immerhin verteidigte die Große Koalition Israels Existenzrecht gegen das islamische Regime im Iran. Ebenfalls stellte sich die Bundesregierung gegen hass-erfüllten Antisemitismus und dessen Verbreiter. Im Bundestag verabschiedete Merkels vierte Regierung härtere Restriktionen gegen antisemitische Straftaten. Die Regierung machte es sich zur Aufgabe, jüdisches Leben in Deutschland und weltweit zu schützen. Nicht zuletzt war es Außenminister Heiko Maas (SPD), der in markigen Reden den Wert des jüdischen Lebens betonte. Die Regierungszeit über konnte der politische Beobachter erkennen, dass das abstrakte Ziel, die Existenz zuzusichern und die besondere Verantwortung gegenüber Israel zu leben, verfolgt wurde.

Politik in Zeiten von Krisen

Das deutsch-israelische Verhältnis wurde in Merkels letzter Amtszeit zentral durch das politische Patt in Israel und die kämpferischen Auseinandersetzungen im Mai 2021 zwischen Israel und der Hamas in Gaza herausgefordert. Vier Wahlen binnen zwei Jahren brachten das demokratische Gefüge des jüdischen Staates an den Rand der Funktionalität. Auch wenn sich die deutsche Regierung nicht zu innerisraelischen Vorgängen äußerte,

war ersichtlich, dass sowohl Maas als auch Merkel mehr Stabilität der Regierungen Israels gewünscht hätten. Die Zusammenarbeit mit Benjamin Netanjahu (Likud), Premierminister bis Juni 2021, verlief für Merkel gewohnt professionell. Der Israel-Gaza-Konflikt am Amtsende Netanjahus beanspruchte die internationale politische Bühne. Israel verteidigte sich gegen die Angriffe aus Gaza. Die Große Koalition sah sich aus historischen Gründen an der Seite Israels. Doch inmitten der Eskalation in Nahost zeigte Außenminister Maas in Nahost auch die andere Seite deutscher Israelpolitik – die israelkritische. Zwar verurteilte Maas die Angriffe der Hamas aus dem Gazastreifen, jedoch rief er auch Israel zur Pflicht, mit Rückschlägen gegen die Hamas den Frieden nicht zu gefährden. Dies kollidiert mit dem Versprechen des Existenzrechts, denn das beinhaltet ebenso ein Verteidigungsrecht. Die Große Koalition kam im Spezifischen von der eigens vorgegebenen Linie ab, so sehr sie sich auch bemühte, dass Narrativ des Existenzrechts umfänglich zu proklamieren. Als Ende Mai ein Waffenstillstandsvertrag Ruhe zwischen Israel und der Hamas brachte, zeigte sich Deutschland, wie der Rest der Welt, erleichtert. Mit der Wahl des Premierministers Naftali Bennett (Jamina) im Juni 2021 änderte sich das deutsch-israelische Verhältnis kaum. Merkel betonte bei ihrem Abschiedsbesuch im Herbst 2021 in einer Sitzung des israelischen Kabinetts: „Deutschland ist nicht neutral, wenn es um die Frage der Sicherheit Israels geht“.

Ein weiterer fester Bestandteil der Israelpolitik der Koalition war die sogenannte „Zwei-Staaten-Lösung“. Bundeskanzlerin Merkel samt Regierung forderten auf internationalen Bühnen der Politik die Gründung eines Staates Palästina, dem von Israel ein konkretes Territorium zugewilligt werden sollte. Die deutsche Regierung, wie auch führende Regierungschefs der westlichen Welt, versuchte durch Dialog mit Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) einen Weg zu einer friedlichen Lösung zu finden. Merkel und Maas arbeiteten mit Blick auf die „Zwei-Staaten-Lösung“ eng zusammen. Gleichzeitig war allen politischen Akteuren bewusst, dass die Durchsetzung zweier in Frieden lebender Staaten eine Herausforderung ist. Zwar verschloss sich die israelische Regierung nicht den Gesprächen, doch wiegelte sie bei konkreter Planung eines neuen internationalen Vorschlags meist ab – auch, weil sie nach eigener Aussage auf palästinensischer Seite keinen Ansprechpartner fand. Im Zuge der Forderung nach der „Zwei-Staaten-Lösung“ kritisierte die Große Koalition pauschal und undifferenziert die Siedlungspolitik Israels. Diese widerspreche dem Völkerrecht und verhindere echten Frieden in der Region – der wohl kaum zu erwarten ist.

Ausgebaut wurde die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge in Nahost (UNRWA). Das von der Europäischen Union unterstützte Werk sieht sich Vorwürfen der Zusammenarbeit mit Terroristen ausgesetzt. Deutschland und die EU mahnen Israel, wie auch die PA, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts. Auch auf europäischer Ebene wurden Unterschiede bei Anspruch und Realität der deutschen Israelpolitik sichtbar. 2021 stimmten Abgeordnete der SPD für die weitere Finanzierung der UNRWA, obwohl diese auch Hetze gegenüber der israelischen Bevölkerung in palästinensischen Schulbüchern zuließ. Abgeordnete der Union stimmten gegen die Finanzierung. Innerhalb der Koalitionsparteien im Bund gab es also gelegentlich Meinungsverschiedenheiten über die praktische Ausgestaltung der Politik gegenüber dem jüdischen Staat.

Neue Israelpolitik mit der „Ampel“?



Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), hier bei der Verteidigung, will mit seiner Ampel-Koalition Israelpolitik neu gestalten

Seit Dezember 2021 hat Deutschland eine neue Regierung, die Ampel-Koalition besteht aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP. „Die Sicherheit Israels ist für uns Staatsräson“, lautet der erste Satz zur Israelpolitik im Koalitionsvertrag. Ebenso wie die Große Koalition verfolgt auch die SPD-geführte Bundesregierung die „Zwei-Staaten-Lösung“. Grundlage sollen hierzu die „Grenzen von 1967“ sein. Diese entsprechen den Waffenstillstandslinien von 1949. Die Ampel-Koalition begrüßt die Normalisierung zwischen arabischen Staaten und Israel. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erwartet von der palästinensischen Seite Fortschritte bei Demokratie und Menschenrechten. Gewalt gegenüber Israel dürfe es nicht geben. Gleichzeitig nimmt die neue Bundesregierung auch Israel in die Pflicht: Der Siedlungsbau soll gestoppt werden, da dieser völkerrechtswidrig sei. Das Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge UNRWA soll weiter finanziell unterstützt werden. Ein Monitoringprozess soll im Blick behalten, ob es Fehlentwicklungen bei den Palästinensern gibt. Bemerkenswert: Die Koalition macht sich stark „gegen Versuche antisemitisch motivierter Verurteilungen Israels“, auch in den Vereinten Nationen. Die Israelpolitik verschiebt sich nicht fundamental, allerdings werden Änderungen deutlich. Außenministerin Annalena Baerbock sprach Anfang 2022 bei einer jüdischen Veranstaltung und stellte klar: Deutschland stehe an der Seite Israels. Die neue Regierung wolle die Stimme erheben, wenn unbegründete Kritik am Staat Israel erhoben wird. Ebenso betont Baerbock, dass das Kabinett noch stärker gegen Antisemitismus vorgehen werde. Daran wird sich die Ampel-Koalition messen lassen müssen. Es ist noch ungeklärt, ob Baerbock die Akteurin der Israelpolitik der neuen Bundesregierung wird und welche Rolle Scholz einnimmt. Klar ist: Um Israel kommt die Regierung nicht herum.

Insgesamt gliedern sich die Regierungsjahre 2018 bis 2021 mit Blick auf die Israelpolitik in eine langjährige verlässliche Verantwortungslinie ein. Das Existenzrecht Israels bildete einen Anker. Im alltäglichen Politikgeschäft deutete sich die Verantwortung gegenüber Israel an; in hektischen und spannungsvollen Zeiten, zeigte sich Deutschland von einer kritischen Seite. Fielen CDU und CSU in der Koalition eher israelfreundlich auf, schien die SPD offener für israelkritische Positionen zu sein. Die Bundesregierung unter Angela Merkel trat teils als kritischer Akteur auf, meist jedoch als treuer Begleiter in der deutsch-israelischen Freundschaft. |

MELDUNGEN

Start-ups verzeichnen Allzeithoch

Trotz der Corona-Pandemie und der weltwirtschaftlichen Einschnitte haben israelische Start-ups laut einer Umfrage die in sie getätigten Investitionen 2021 verdoppelt. Das Geheimnis liegt demnach in den Produkten.



Die meisten israelischen Start-ups finden sich in Tel Aviv

Waren es 2020 etwas mehr als 10 Milliarden US-Dollar Investitionen, erhielten die Start-ups in Israel im abgelaufenen Jahr 2021 Gelder in einer Höhe von 25,6 Milliarden US-Dollar. Diese deutliche Steigerung geht aus einer Umfrage der israelischen Organisation „Start-up Nation Central“ hervor. Überraschend ist der sprunghafte Anstieg des Kapitals der Gründerunternehmen, da die Corona-Pandemie die wirtschaftliche Entwicklung auf der gesamten Welt schwächt.

Insgesamt 33 Start-ups überschritten im vergangenen Jahr den Marktwert von einer Milliarde US-Dollar und zählen damit zu den sogenannten „Einhörnern“. Insgesamt gibt es in Israel mittlerweile 55 dieser jungen Unternehmen.

Im Vergleich zu Statistiken und Umfragen aus vorausgehenden Jahren zeichnet sich ab, dass sich bekannte Technologiesektoren an der Spitze halten konnten. Sicherheitsprodukte, besonders im Bereich Cybersicherheit, machten demnach den größten Kapitalfluss in der israelischen Start-up-Wirtschaft aus. Dahinter reihen sich die Unternehmens- und die Finanztechnologie ein. Zwei Drittel aller Investitionen konnten diese drei Technologien auf sich vereinen.

Der Geschäftsführer von „Start-up Nation Central“, Avi Hasson, zeigt sich erfreut über die Ergebnisse der Umfrage. Besonders in der gegenwärtigen Corona-Situation deuten die Rekord-Investitionen auf die Widerstandsfähigkeit der israelischen Technologien. Gegenüber der Zeitung „Yediot Aharonot“ äußerte sich Hasson Mitte Januar: „Israelische Unternehmen haben ihre Agilität und Reaktionsfähigkeit bewiesen, indem sie fortschrittliche Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen entwickelt haben, in denen sie am dringendsten benötigt wurden.“

Trotz der positiven Entwicklung bedroht der Fachkräftemangel weiteres Investitionswachstum. Damit die gesamte israelische Wirtschaft wachse und besonders die starken Technologieunternehmen expandieren könnten, kündigte Finanzminister Avigdor Lieberman (Israel Beiteinu) an, vermehrt ausländische Facharbeiter für das Land zu werben. |

Johannes Schwarz

Zahl der arabischsprachigen Besucher verdoppelt

Die Anzahl der Besucher der arabischsprachigen Webseite der Israelischen Nationalbibliothek hat sich 2021 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Die Entwicklung sei der stetig wachsenden Digitalisierung der Sammlung zu verdanken. Hinzu komme eine groß angelegte Werbekampagne der vergangenen zehn Jahre, die sich an die arabische Welt richtete. Dies sagte der Sprecher der Bibliothek Zack Rothbart gegenüber der Nachrichtenagentur „Associated Press“. Seinen Angaben zufolge besuchten den Onlineauftritt etwa 650.000 Araber aus den palästinensischen Gebieten, Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien und Algerien.

Die von den Arabern am häufigsten aufgerufenen Seiten enthalten ein Zeitungsarchiv, das mehr als 200.000 Dokumente arabischer Publikationen aus der Zeit des Osmanischen Reiches und des Britischen Mandatsgebietes umfasst. Daneben stießen aber auch Handschriften, Poster, Bücher und Musik auf großes Interesse. Diese seien für Forscher und interessierte Laien gleichermaßen zugänglich.

Der Bibliothek gehört auch eine große Sammlung islamischer und arabischer Texte. Tausende arabische Bücher und seltene Handschriften in arabischer, persischer und türkischer Sprache aus dem 9. bis 20. Jahrhundert sind zudem in ihrem Besitz. „Wir befinden uns mitten im Prozess, auch unsere arabischen, persi-



Die Sammlung der Israelischen Nationalbibliothek enthält zahlreiche Koranmanuskripte in arabischer, türkischer und persischer Sprache

schen und türkischen Handschriften zu digitalisieren“, sagt Samuel Thrope, Kurator der Islam- und Nahostsammlung. „95 Prozent des Materials sind bereits zugänglich.“

Zu den besonderen Stücken der Bibliothek gehört ein Koran aus dem Gebiet des heutigen Iran aus dem 9. Jahrhundert mit dem frühesten Beispiel persischer Schrift in arabischer Sprache. Eine Handschrift aus dem 17. Jahrhundert mit Abbildungen des Lebens von Alexander dem Großen sowie ein osmanisch-türkischer Text über Augenheilkunde aus dem 16. Jahrhundert finden sich ebenfalls in der Sammlung. |

Mirjam Holmer

Mehrere Länder kritisieren Häuserabriss in Scheich Dscharrah

Ein Häuserabriss in Scheich Dscharrah hat zahlreiche internationale Reaktionen hervorgerufen. Die außenpolitischen Sprecher von Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien veröffentlichten am 19. Januar eine gemeinsame Erklärung. Darin riefen sie



Zugeschaltet aus Jerusalem: Der UN-Sondergesandte Wennesland berichtet dem Sicherheitsrat von den neuesten Entwicklungen im israelisch-palästinensischen Konflikt

die israelische Regierung „nachdrücklich dazu auf, Räumungen und Abrissmaßnahmen palästinensischer Strukturen in Ostjerusalem und im C-Gebiet, die dazu beitragen, Spannungen vor Ort zu verstärken, dauerhaft zu unterlassen“. Auch der außenpolitische Sprecher der Europäischen Union, Peter Stano, äußerte sich besorgt.

Am frühen Morgen hatten israelische Behörden den Abriss zweier Bauten veranlasst. Die Polizei verhaftete dabei 18 israelische und palästinensische Bewohner und Aktivisten. Grundlage für den Abriss ist ein gerichtlicher Beschluss. Demnach ist das

Land von der Stadt für die öffentliche Nutzung vorgesehen; unter anderem soll dort eine Schule für Kinder mit Behinderung entstehen. Die Bewohner können keine Besitzurkunden vorweisen. Nach ihrer Darstellung war es ihnen in der Zeit der jordanischen Kontrolle Ostjerusalems und nach der israelischen Eroberung 1967 nicht möglich, eine solche zu erhalten.

Mit dem Thema befasste sich auch der UN-Sicherheitsrat in einer Sitzung zur Lage in Nahost. Fast alle 15 Mitglieder verurteilten den Abriss. Der UN-Sondergesandte Tor Wennesland erklärte, eine Maßnahme wie die Räumung von Scheich Dscharrah trage zur Hoffnungslosigkeit der Palästinenser bei und schmälere damit die Aussichten auf Frieden. Positiv hob er ein Treffen zwischen dem israelischen Verteidigungsminister Benny Gantz (Blau-Weiß) und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas (Fatah) hervor. Dieses fand Ende Dezember in Israel statt.

Der palästinensische Außenminister Riad al-Maliki (Fatah) forderte Konsequenzen gegen Israel, die über Verurteilungen hinaus gehen. Israels UN-Botschafter Gilad Erdan betonte, das israelische Gerichtssystem sei unabhängig und international angesehen. Eine Räumung könnte gleichermaßen auch eine jüdische Familie treffen.

Die amerikanische UN-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield rief sowohl Israelis als auch Palästinenser dazu auf, von Schritten abzusehen, die die Spannungen erhöhen. Dazu gehörten Räumungen wie in Scheich Dscharrah auf der einen Seite und Hetze und Unterstützung für Terroristen auf der anderen Seite. Zugleich beklagte Thomas-Greenfield erneut, dass sich der Sicherheitsrat zu sehr auf Israel fokussiere. Die norwegische Außenministerin Anniken Huitfeldt (Arbeiderpartei) erklärte hingegen, das Gremium müsse sich wieder verstärkt mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt befassen. Huitfeldt saß im Monat Januar dem Gremium vor. |

Daniel Frick

Schnee in Jerusalem



Auch der Platz vor der Klagemauer in der Jerusalemer Altstadt war vorübergehend mit Schnee bedeckt

Eine Schneedecke hat sich in der Nacht zum 27. Januar über Jerusalem gelegt. Bereits am Vortag hatte der Wintersturm „Elpis“ dem Norden Israels Schneefall beschert. Er zog stetig weiter

nach Süden. In der israelischen Hauptstadt fielen etwa 20 Zentimeter Schnee. Dank der Niederschläge im Norden stieg der Pegel des Sees Genezareth über Nacht um 5,5 Zentimeter.

Die Stadt Jerusalem setzte 250 Schneepflüge ein. Einsatzkräfte verwendeten fast 150 Tonnen Streusalz, um die Sicherheit auf den Straßen zu gewährleisten. Schulen und Kindergärten blieben dennoch geschlossen. Mehrere Zufahrtsstraßen wurden gesperrt. Mehrfach kam es im Raum Jerusalem zu Stromausfällen, etwa 2.000 Haushalte waren vorübergehend ohne Elektrizität. Fußgänger genossen die weiße Pracht auch mit teilweise unzureichender Kleidung.

In Jerusalem schneit es alle paar Jahre. Meist bleibt der Schnee nur kurz liegen. Der Schnee erfreute nicht nur Kinder, sondern auch israelische Politiker. Staatspräsident Jitzchak Herzog veröffentlichte ein Video von einer Schneeballschlacht mit seiner Familie. Finanzminister Avigdor Lieberman (Israel Beiteinu) wünschte seinen Twitter-Nachfolgern „ein frohes Schneefest“. |

Elisabeth Hausen



KARÄISCHES JUDENTUM

Zurück zur Schrift

Karäische Synagogen, wie diese in Ramle, unterscheiden sich von den traditionellen äußerlich vor allem durch den Teppichboden und den unbestuhlten Gemeinderaum

Karäisches und rabbinisches Judentum

Das Judentum stützt sich auf den TaNaCH, die jüdische Bibel, und auf die sogenannte mündliche Tora, die Mischna und den Talmud, die zwischen dem 2. und 6. Jahrhundert entstanden. Aus diesen Schriften leiteten Weise und Rabbiner die Halacha, das jüdische Religionsgesetz, ab. Bis auf den heutigen Tag ist diese aus den verschiedenen Strömungen des Judentums nicht wegzudenken. Die Bewegung der Karäer entstand im Babylon des 8. Jahrhunderts. Sie lehnten die „mündliche Tora“ ab und akzeptierten nur den TaNaCH. Der Begriff stammt vom hebräischen „kara“, lesen oder ausrufen. Nach Angaben der Karäer hat sich deren Name erst mit der Entstehung weiterer jüdischer Bewegungen geformt. Als wichtigsten Leitsatz geben sie an: „Studiere die Schrift gründlich und verlasse dich nicht auf die Meinung anderer!“ Karäer glauben, dass ihre Glaubensform die ist, die Gott den Israeliten ursprünglich geboten hat.

Innerhalb des Judentums gibt es die kleine Gruppe der Karäer. Deren Regeln heben sich auffällig ab von denen der rabbinischen Juden. Die Hebräische Bibel steht bei ihnen deutlich stärker im Zentrum als die mündliche Tradition.

Mirjam Holmer

Mächtig ragt der renovierte Gebäudekomplex inmitten der Jerusalemer Altstadt auf. Die meisten Besucher laufen achtlos daran vorbei, sowie auch am kleinen Eingang der „Rechov HaKaraim“. Von außen deutet nichts darauf hin, dass sich in der verwinkelten Gasse das Heimatmuseum einer geschichtsträchtigen Strömung des Judentums verbirgt. Neben der „Nummer 8“ zeigt nur ein Schild die Existenz des „Zentrums für das Karäische Erbe“ an. Ob es überhaupt andere Hausnummern in der Gasse gibt, ist nicht erkennbar.

Nach vorheriger Anmeldung öffnet Avi Jefet das eiserne Tor. Mehrere Treppenstufen führen auf eine Dachterrasse hinauf. Jefet ist einer von weltweit 50.000 Karäern. Etwa 40.000 leben in Israel, die größten Gemeinden befinden sich in Ramle, Aschdod und Be'er Scheva. In Jerusalem existiert keine Gemeinde, dafür aber, direkt unter dem Zentrum und unter dem Straßenniveau, eine Synagoge aus dem Mittelalter. Die Karäer sind überzeugt, dass es die älteste Synagoge Jerusalems ist, die heute noch in Gebrauch ist.

Jefet erklärt: „Eine Synagoge ist heiliger Boden, deshalb betreten die Gläubigen diese nur ohne Schuhe und erst nach der rituellen Waschung, so wie es zu biblischen Zeiten üblich war.“ Im rabbinischen Judentum ist die rituelle Waschung im dafür vorgesehenen Tauchbad, der Mikwe, üblich – sie muss „lebendiges“, also zumindest einen Teil natürliches, Wasser enthalten. „Bei uns Karäern ist die Waschung zu bestimmten Zeiten unter fließendem Wasser zu vollziehen, eine Dusche reicht also aus.“

Streng wacht der 40-Jährige über den Zugang zur Synagoge. Nichtkaräern gewährt er den An-

blick lediglich durch ein kleines Fenster. Der Gebetsraum ist mit Teppich ausgelegt, Bänke oder Stühle gibt es nicht. Zentral ist der Tora-Schrein. Er enthält die Tora-Rollen, die zur gottesdienstlichen Lesung der Wochenabschnitte herausgeholt werden. Wie in Synagogen der bekannteren jüdischen Strömungen sind auch hier zwei Tafeln mit den Zehn Geboten angeordnet. Daneben steht eine große Menora, die Wand zieren zahlreiche Bibelverse.

Synagogen und Gebet

Während des Unabhängigkeitskrieges 1948 wurde die Synagoge stark beschädigt und nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 von Mitgliedern der Gemeinde instandgesetzt. Eine Synagoge neueren Datums gibt es auf dem Gelände des Welt-Karäer-Zentrums im zentralisraelischen Ramle. Schuhregale stehen im oberen Stockwerk vor dem Frauen- und unten vor dem Männerbereich. Im ersten Moment erinnern sie an einen Moscheebesuch. Auch dieser Gebetsraum weist einen Teppich ohne Bänke und Stühle auf – doch der Blick auf den Tora-Schrein mit den übergestellten Gesetzestafeln, sowie die vielen Verse aus den Psalmen lassen keinen Zweifel zu, dass es sich um eine Synagoge handelt.

„Während des Gebets und Segens stehen Männer aufrecht, knien oder beugen sich. Jede Handlung lässt sich auf einen entsprechenden Verweis in der Bibel zurückführen. Männer und Frauen bedecken ihren Kopf“, erklärt Jefet. Zum Gottesdienst fährt er nach Ramle oder empfängt am Wochenende in der Jerusalemer Karäer-Straße Gäste aus seiner Gemeinschaft.

„Die Gebete bestehen aus Bibelversen und Psalmen, die von unseren ‚Weisen‘ vor langer Zeit zusammengetragen wurden.“

Schlomo Gaver, Direktor des Zentrums in Ramle, erzählt in seinem Büro: „Heute gibt es zwölf karäische Gemeinden in Israel.“ Er weiß: „Unsere geistlichen Leiter sind die ‚Weisen‘. Ihre Aufgabe ist es, zu leiten.“ Ungleich den Rabbinern „geben die ‚Weisen‘ uns nicht vor, was wir zu tun haben. Wir fragen sie um Rat, doch letztendlich bestimmen wir selber, wie wir uns verhalten und tragen dafür die Verantwortung.“ In diesen Worten steckt eine klare Abgrenzung zum Rabbinischen Judentum, wo die Rabbiner das Religionsgesetz interpretieren und damit den Gläubigen ihr Verhalten vielfach vorgeben.

Gaver erklärt: „Im 10. bis 11. Jahrhundert hatte das karäische Judentum seine geistliche Blüte. Durch die Kreuzritter wurde ein großer Teil aus dem Heiligen Land nach Ägypten verdrängt.“ Wie auch Gavers und Jefets Großeltern kam von dort nach der Staatsgründung der Großteil der Karäer nach Israel zurück. Viele Israelis haben noch nie von den Karäern gehört. Das soll sich durch die Dauerausstellung in Jerusalem und das Zentrum in Ramle ändern. Gaver und Jefet versuchen, auch junge Gläubige dafür zu gewinnen, vor einheimischen Touristen zu sprechen, um die Grundlagen ihrer Gemeinschaft nahezubringen. Jefet sagt: „Aber wir sind auch interessiert, ausländischen Gruppen unseren Glauben zu erklären.“ Mit einem verschmitzten Lächeln fügt er hinzu: „Vielleicht kann man uns als die Protestanten unter den Juden verstehen.“ Wenn diese Aussage einer historischen Prüfung auch nicht standhält, erklärt sie viel über das Selbstverständnis der Karäer.

Auffällig ist, wie sehr sie sich immer wieder in der Abgrenzung zum traditionellen Judentum definieren. So erklärt Gaver den karäischen Kalender: „Karäer haben den Beginn der jüdischen Monate bestimmt, indem sie den Neumond im Land Israel gesichtet haben. Rabbinische Juden legen den Monatsanfang anhand von geschätzten Berechnungen fest. Heute, wo Juden nach Israel zurückgekehrt sind, stellen Astronomen fest, dass die Berechnungen in jedem Monat zwei Tage voneinander abweichen. Das hat Auswirkungen auf die Art, wie und wann wir die biblisch gebotenen Feste feiern, wie im 3. Buch Mose beschrieben.“

Gemäß des TaNaCH, der jüdischen Bibel, feiern Karäer alle gebotenen Feste. Auch Purim gehört zum religiösen Kalender, weil es in der Schriftrolle Esther vorkommt. „Chanukka hingegen feiern wir nicht, weil es ein nachbiblisches Fest ist“, ergänzt Jefet. „Rabbinische Juden und Karäer können untereinander heira-



Neben dem TaNaCH liegen dem karäischen Glauben die „Zehn Prinzipien des Glaubens“ vom Weisen Jehuda Ben Eliahu ha-Dassi (12. Jahrhundert) zugrunde. Jedes Prinzip führt er auf einen Bibelvers zurück. Festgelegt ist, dass Gott Schöpfer der Welt und einzigartig ist. Die Tora ist wahr. Für ihr Verständnis ist es wichtig, die hebräische Sprache und Grammatik zu verstehen. Der Tempel Gottes ist seine ewige Wohnstätte. Gemäß Hesekiel werden die Toten auferstehen.

ten. Auch erkennt der israelische Staat die Eheschließungen und Scheidungen unseres Beit haDin, des religiösen Gerichts, an.“ Allerdings müssten sich die Eheleute entscheiden, ob sie der karäischen oder der rabbinischen Tradition folgen wollen, erläutert Jefet. Das Zentrum in Ramle verfügt über ein eigenes Beit Din. Nach den Geboten der Bibel haben auch die Karäer Speisegesetze zu befolgen. Doch es gibt einen entscheidenden Unterschied: Das rabbinische Religionsgesetz gebietet, keine milchigen und fleischigen Speisen zusammen zu essen. Das geht zurück auf das biblische Gebot „Du sollst das Böcklein nicht kochen in seiner Mutter Milch“ (2. Mose 23,19).

Cheeseburger: Kein Problem

Das Gebot ist drei Mal in der Tora erwähnt. Die Karäer verstehen es jedoch lediglich als Hinweis darauf, dass es grausam ist, das Fleisch des Kindes in der Milch des Muttertiers zu kochen. Denn deren Beziehung sei von Gefühl geprägt. „Es gibt aber keinen Grund, milchige und fleischige Speisen grundsätzlich nicht zusammen zu verzehren.“ Genüsslich zeigt Jefet ein Foto von Cheeseburgern, die er beim letzten Grillen mit Freunden auf der Dachterrasse in der Altstadt zubereitet hat. Erst seit 2014 dürfen Karäer aufgrund ihrer Schlacht- und Schächtvorschriften in eigenen Metzgereien schlachten.

Am Ruhetag gibt es strengere Regeln: „Rabbinische Juden können ihre Speisen am Schabbat auf einer Warmhalteplatte wärmen. Wir hingegen essen alles kalt.“ Als Einschränkung empfindet der religiöse Karäer das jedoch nicht: „Am Schabbat kein Feuer zu entzünden, ist ja ein Gebot der Tora. Und bei der richtigen Zubereitung gibt es zahlreiche Gerichte, die kalt ebenso gut schmecken wie warm oder sogar besser.“ Der Cheeseburger gehört natürlich nicht dazu. |

Avi Jefet wohnt als einer von weltweit 50.000 Karäern in der Jerusalemer Altstadt. Dort betreut er das karäische Heimatmuseum.



Fundierte Hintergründe Zuverlässige Recherche

Magazin

Sechsmal jährlich Nachrichten im Überblick, Reportagen, Analysen und Kommentare – kostenlos.

israelnetz.com/bestellung

Website

Zuverlässige Berichterstattung, gründlich recherchierte Nachrichten, Reportagen und Analysen sind Markenzeichen unserer Arbeit.

israelnetz.com

Newsletter

Jede Woche aktuell informiert mit Meldungen und Hintergründen per E-Mail.

israelnetz.com/newsletter

Podcast

Nachrichten aus Israel auch zum Anhören

israelnetz.com/podcast

06441 5 66 77 88



App

NEU!

Lesen Sie Israelnetz auch auf Ihrem Smartphone. Die Israelnetz-App steht als Webapp für Ihr Android- und Apple-Smartphone zur Verfügung.

israelnetz.com/app

